

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## III. Quartal 2014

### Wirtschaftschronik. III. Quartal 2014

Aufgrund der schwachen Konjunkturaussichten im Euro-Raum und der niedrigen Inflationserwartungen führt die EZB unkonventionelle Ankaufprogramme ein und übernimmt Papiere mit erhöhtem Risiko in ihre Bilanz. Jean-Claude Juncker wird vom Europäischen Parlament als Präsident der Europäischen Kommission bestätigt. Der Europäische Rat wählt Donald Tusk zu seinem Präsidenten und Federica Mogherini zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Die schottische Bevölkerung lehnt eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland ab. Kanada und die EU unterzeichnen das Freihandelsabkommen "Comprehensive Economic and Trade Agreement" (CETA). Es gilt als Mustervereinbarung für das Freihandelsabkommen TTIP. Nun muss es von den EU-Mitgliedsländern ratifiziert werden; allerdings zeichnet sich hier Widerstand ab. Auf den weiterhin eskalierenden Konflikt in der Ostukraine reagieren die EU und die USA mit Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Russland verhängt in der Folge ein Verbot der Einfuhr von Agrarprodukten aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen. – Österreich: Nach dem Rücktritt von Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger wird die Bundesregierung umgebildet. Vizekanzler wird Reinhold Mitterlehner, Finanzminister wird Johann Georg Schelling. Mit dem Sondergesetz zum Abbau der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG entscheidet sich der Nationalrat gegen die Konkurslösung. Das ESVG 2010 wird ab September 2014 von allen EU-Mitgliedsländern verpflichtend angewendet. Durch die Reklassifizierung des Staatssektors verändert sich der ausgewiesene Schuldenstand.

### Calendar of Economic Events. Third Quarter 2014

In response to poor cyclical prospects and low inflationary expectations, the ECB introduces non-standard purchasing programmes and adds securities of higher risk to its assets. Jean-Claude Juncker is confirmed President of the European Commission by the European Parliament. The European Council elects Donald Tusk as President and Federica Mogherini as High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. Scotland's voters reject secession from the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Canada and the EU sign the "Comprehensive Economic and Trade Agreement" (CETA) that is regarded as a model for the TTIP free trade agreement. It still needs to be ratified by the EU member countries where it is likely to be opposed in some quarters. In reaction to the further escalating conflict in eastern Ukraine, the EU and the USA impose sanctions against Russia. In retaliation, Russia imposes a ban on agricultural imports from the EU, the USA, Canada, Australia and Norway. – Austria: after the resignation of Vice Chancellor and Minister of Finance Michael Spindelegger, the government is reshuffled. Reinhold Mitterlehner is appointed Vice Chancellor and Johann Georg Schelling Minister of Finance. With the ad-hoc Act on the winding-up of Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, the Austrian Parliament decides against the bankruptcy option. As from September 2014, all EU member countries are bound to apply ESA 2010; the reclassification of the government sector implies a change in the reported level of public debt.

### Kontakt:

**Mag. Angelina Keil:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. September 2014

**Begutachtung:** Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

## 1. Ausland

**1. Juli:** Italien übernimmt von Griechenland die Präsidentschaft des Europäischen Rates.

EU: Ratspräsidentschaft

Die französische Bank BNP Paribas einigt sich mit den Behörden der USA über eine Wiedergutmachungszahlung von 8,8 Mrd. \$, die höchste Strafzahlung, die bisher eine ausländische Bank an die Justiz der USA leisten musste. BNP Paribas hat zwischen 2002 und 2009 für den Iran, Sudan und Kuba Geschäfte in Dollar abgewickelt und dadurch gegen die Sanktionen der USA verstoßen.

USA: BNP Paribas

**3. Juli:** Die deutsche Bundesregierung beschließt die flächendeckende Einführung eines Mindeststundenlohnes von 8,5 €. Dieser Bruttolohn gilt ab 2015 für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die meisten Praktikanten bzw. Praktikantinnen pro

Deutschland: Mindeststundenlohn

Zeitstunde. Die Sozialpartner können jedoch in deutschlandweiten Tarifverträgen den Mindestlohn bis Ende 2016 unterschreiten. 2017 laufen die wenigen Ausnahmen aus, sodass der Mindestlohn uneingeschränkt gilt.

Russland: Sanktionen

**5. Juli:** Die russische Regierung verbietet den Import von Agrarprodukten aus der Ukraine und aus der Republik Moldau aus gesundheitlichen Gründen. Diese Maßnahmen werden als Reaktion auf die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen der beiden Länder mit der EU gewertet.

EU: Jean-Claude Juncker

**15. Juli:** Das Europäische Parlament wählt Jean-Claude Juncker (Europäische Volkspartei – EVP) zum Präsidenten der Europäischen Kommission<sup>1)</sup>. Er löst am 1. November 2014 José Manuel Barroso ab.

Microsoft

**17. Juli:** Der multinationale Software- und Hardwarehersteller Microsoft gibt bekannt, die Konzernbelegschaft um 14% (18.000 Arbeitsplätze) zu verringern. Die 25.000 Arbeitskräfte des jüngst übernommenen Nokia-Konzerns wird halbiert, 5.500 Arbeitsplätze werden bei Microsoft eingespart.

Russland: Yukos

**28. Juli:** Der ständige Schiedshof in Den Haag spricht den Aktionären des ehemaligen Yukos-Konzerns das Recht auf eine Kompensationsforderung von 50 Mrd. \$ zu, die von der russischen Regierung bis Anfang 2015 zu zahlen ist. Nach der Zerschlagung des Konzerns und der Verhaftung von Michail Chodorkowski wurden große Teile des Erdölkonzerns von staatlich kontrollierten Unternehmen übernommen, darunter Rosneft, der nach weiteren Übernahmen heute der weltgrößte Erdölkonzern ist. Die russische Regierung nimmt das Urteil nicht an.

EU: Sanktionen gegen Russland

**29. Juli:** Die EU-Länder einigen sich nach dem ungeklärten Absturz eines Passagierflugzeuges in der Ukraine auf Sanktionen gegen Russland: Begrenzung des Zuganges zum Kapitalmarkt für staatsnahe russische Banken<sup>2)</sup>, Verbot des Kaufes von neuen Aktien, Anleihen oder Finanzinstrumenten mit einer Laufzeit von mehr als 90 Tagen von russischen staatlichen Banken durch EU-Bürger und EU-Bürgerinnen sowie EU-Unternehmen, Embargo gegen den Waffenhandel, Verbot des Exports von Dual-used-Produkten (Waren die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können), Sperre des Zuganges zu Ausrüstung und Technologie im Energiebereich. In diesen Bereichen werden keine neuen Exportlizenzen gewährt.

Argentinien: Staatsbankrott

**1. August:** Argentinien gilt als zahlungsunfähig, nachdem die Verhandlungen des Landes mit Hedge-Fonds aus den USA gescheitert sind. Mitte Juni hat der oberste Gerichtshof der USA ein Urteil bestätigt, wonach Argentinien den Gläubigern des Hedge-Fonds IML Capital 1,5 Mrd. \$ zahlen muss. Die Hedge-Fonds haben nach dem Staatsbankrott argentinische Papiere angekauft und sich nicht an den Umschuldungen beteiligt. Sie verlangen Zins- und Rückzahlungen auf Nominalbasis. Erst danach dürfen die Gläubiger bedient werden, die sich an der Umschuldung beteiligt haben. Argentinien wurden 2001/02 von den internationalen Gläubigern rund zwei Drittel der Schulden erlassen.

Bali-Abkommen

Indien und einige andere Entwicklungsländer werden das "Bali-Abkommen", eine Vereinbarung über Handelserleichterungen, Zollabbau und Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer nicht unterzeichnen. Das Abkommen gilt als Kernstück der Doha-Runde.

Portugal: Bankenrettung

**4. August:** Nachdem die drittgrößte portugiesische Bank Banco Espírito Santo Mitte Juli unter Gläubigerschutz gestellt wurde, bringen der Staat zur Rettung der Bank 4,4 Mrd. € aus dem Hilfsprogramm der Troika und der Einlagensicherungsfonds der portugiesischen Banken 500 Mio. € in einen Abwicklungsfonds ein. Kredite mit geringer Bonität werden in eine Bad Bank ausgelagert, der profitable Teil der Bank wird unter dem Namen "Novo Banco" vom Einlagensicherungsfonds der portugiesischen Banken weitergeführt.

<sup>1)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2014", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(7), S. 477, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47412>.

<sup>2)</sup> Russische Banken haben bei Börsegängen in der EU über 16 Mrd. \$ aufgenommen. In der EU erfolgten 47% (15,8 Mrd. \$) der Anleiheemissionen.

**5. August:** Die Notenbank der USA und die Einlagensicherung stufen die Notfallpläne von 11 Großbanken, mit denen systemrelevante Banken im Krisenfall die Sanierung und Abwicklung durchführen sollen (Living Wills), als "unglaublich" ein und fordern deren Überarbeitung bis 2015.

USA: Living Wills

**6. August:** Das mexikanische Parlament verabschiedet das Gesetz, das den bisher staatlich kontrollierten Elektrizitäts- und Erdölsektor für private in- und ausländische Investoren öffnet. Die erhoffte Produktivitätssteigerung und Verbesserung der Energieversorgung könnten das Bruttoinlandsprodukt Mexikos jährlich um 2% steigern.

Mexiko: Liberalisierung

**7. August:** Russland verhängt ein Importverbot für Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch sowie Milch und Molkereiprodukte aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen. Russland importiert Agrargüter im Ausmaß von 43 Mrd. \$, davon 16 Mrd. \$ aus der EU (2013). Das Embargo gilt für ein Jahr.

Russland: Sanktionen

**18. August:** Angesichts des russischen Importverbotes für Lebensmittel aus der EU sagt die Europäische Kommission den Obst- und Gemüsebauern Stützungsmaßnahmen von bis zu 125 Mio. € zu. Die Hilfen laufen bis Ende November 2014.

EU: Stützungsmaßnahmen wegen Sanktionen Russlands

**21. August:** Die Bank of America willigt in eine Strafzahlung von 16,65 Mrd. \$ wegen Irreführung der Kunden beim Verkauf von Hypothekarpapieren ein. 7 Mrd. \$ kommen staatlichen Hausbauprojekten, gemeinnützigen Organisationen oder in Not geratenen Hausbesitzern zu, 9,65 Mrd. \$ gehen an die Börsenaufsicht (SEC) und an das Justizministerium.

USA: Bank of America

**21.-23. August:** Anlässlich des 2014 Economic Policy Symposium der Federal Reserve Bank of Kansas City betont der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi die Gefahr einer Deflation im Euro-Raum<sup>3)</sup>. Die EZB wird die Preisstabilität mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln mittelfristig gewährleisten.

Euro-Raum: Deflationsgefahr

**28. August:** In Indien startet ein Programm, das allen Familien den Zugang zu einem Bankkonto und Bankgeschäften ermöglichen soll. Es soll rund 145 Mio. Haushalte erreichen.

Indien: Bankkonten

Die türkische Notenbank lockert ungeachtet der hohen Inflation (Juli 2014: 9,3%) die Geldpolitik, indem der Zinssatz für Taggeld von 12% auf 11,25% gesenkt wird. Mittelfristig wird eine Inflationsrate von 5% angestrebt.

Türkei: Leitzinssatzsenkung

**30. August:** Anlässlich seiner außerordentlichen Tagung wählt der Europäische Rat Polens Ministerpräsidenten Donald Tusk für den Zeitraum 1. Dezember 2014 bis 31. Mai 2017 zu seinem Präsidenten. Donald Tusk wird für denselben Zeitraum auch zum Präsidenten des Euro-Gipfels ernannt. Die italienische Außenministerin Federica Mogherini wird mit der Zustimmung des neugewählten Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Die Staats- und Regierungsoberhäupter zeigen sich angesichts der schwachen Konjunktur, der hohen Arbeitslosigkeit und der niedrigen Inflation besorgt und fordern eine rasche Umsetzung der vereinbarten Orientierungen für Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Der Rat verurteilt die "Annexion der Krim durch Russland" und die zunehmend heftigen Kämpfe in der Ostukraine.

EU: Europäischer Rat

**4. September:** Der Rat der EZB beschließt die Leitzinssätze mit Wirkung vom 10. September um 10 Basispunkte zu senken. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsschäfte wird auf 0,05%, jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,3% und für die Einlagefazilität auf -0,2% herabgesetzt. Wegen der Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen stellt die Europäische Zentralbank zwei weitere Programme vor, die ab Oktober 2014 umgesetzt werden: Mit dem Ankauf von forderungsbesicherten Wertpapieren (ABS-Programm) sowie dem Erwerb von gedeckten Schuldverschreibungen (Covered-Bond-Programm) übernimmt die EZB Schuldenrisiko, um die Vergabe von Bankkrediten an Kunden zu erleichtern.

EZB: Leitzinssatzsenkung

**5. September:** Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán stellt den Banken ein Ultimatum bis 1. November für die Umstellung der Fremdwährungskredite in Forint-Kredite

Ungarn: Fremdwährungskredite

<sup>3)</sup> Im Juli 2014 lag die Inflationsrate im Euro-Raum bei 0,4%, das Inflationsziel der EZB ist eine Rate von 2%.

zu einem günstigen Kurs. Die österreichischen Banken Erste Group und Raiffeisen Bank International AG sind davon betroffen.

EU: Sanktionen gegen Russland

**8. September:** Die EU-Länder verabschieden ein weiteres Paket von Sanktionen gegen Russland. Die Beschränkung des Kapitalmarktzuganges in der EU wird ausgedehnt, neben den 5 staatlichen Banken sind nun auch auf die Unternehmen Rosneft, Transneft und Gazprom Neft betroffen. Bis zum Inkrafttreten durch die Veröffentlichung im Amtsblatt werden das Waffenstillstandsabkommen und der Friedensplan für die Ukraine bewertet.

EU: Europäische Kommission

**10. September:** Der designierte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker stellt die 28 Kommissionsmitglieder vor. Künftig werden 7 Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen für die Koordination von EU-Schwerpunktthemen zuständig sein. In die Kompetenz des ersten Vizepräsidenten fallen die Themen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte; weitere Vizepräsidenten sind neben der Außenbeauftragten die Beauftragten für Haushalt und Personal, für Energie, für Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerb, für Euro und sozialen Dialog sowie für den digitalen Binnenmarkt. Nach den Anhörungen im Europäischen Parlament könnten die neuen Kommissionsmitglieder ihre Arbeit im November 2014 aufnehmen.

EU, USA: Sanktionen gegen Russland

**12. September:** Die verschärften Wirtschaftssanktionen der EU und der USA gegen Russland treten in Kraft. Unternehmen des russischen Finanz-, Energie-, und Verteidigungssektors wird der Zugang zum europäischen Kapitalmarkt erschwert. Einer Reihe von Rüstungsunternehmen dürfen keine zivil-militärischen Produkte aus der EU geliefert werden. Für 24 russische und prorussische Separatisten gilt ein Einreiseverbot in die EU. Ihr Vermögen in der EU wird eingefroren.

EU, Ukraine: Assoziierungsabkommen

**16. September:** Das Europäische Parlament und das Parlament der Ukraine verabschieden das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Nach der Erfüllung von rechtlichen, organisatorischen und politischen Voraussetzungen durch den ukrainischen Staat werden Bürger und Bürgerinnen der Ukraine ohne Visum in die EU einreisen können. Das Freihandelsabkommen soll erst 2016 nach Gesprächen mit Russland in Kraft treten.

China: Konjunkturbelebung

**17. September:** Die People's Bank of China ergreift Maßnahmen, um die Konjunktur zu stimulieren, und stellt den fünf größten Banken jeweils 100 Mrd. Renminbi Yuan als Standing Lending Facility zu günstigen Konditionen zur Verfügung, um die Neukreditvergabe zu beleben.

USA: "Alibaba"

**19. September:** Der chinesische Online-Händler Alibaba notiert erstmals an der New York Stock Exchange und gehört zu den zehn größten börsennotierten Unternehmen in den USA.

Schottland: Referendum

In einem Referendum entscheiden sich 55% der schottischen Bevölkerung gegen eine Abspaltung Schottlands vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

EU, Russland, Ukraine: Gasversorgung

**26. September:** Die EU, Russland und die Ukraine verhandeln über ein "Winterpaket", das die Gasversorgung der EU bis Ende März 2015 sicherstellen soll. Der Plan sieht die schrittweise Tilgung von 3,1 Mrd. \$ an Schulden der Ukraine für von Gazprom bereits geliefertes russisches Gas bis Ende des Jahres vor. Bis Ende Oktober sollen 2 Mrd. \$ beglichen werden; im Gegenzug sollen in den nächsten Monaten 5 Mrd. m<sup>3</sup> Gas gegen Vorauszahlung von 385 \$ je 1.000 m<sup>3</sup> an die Ukraine geliefert werden.

Afrika: Ebola-Notkredite

Zur Eindämmung der makroökonomischen Folgen der Ebolafieber-Epidemie stellt der IWF Guinea, Liberia und Sierra Leone 130 Mio. \$ an Notkrediten zur Verfügung. Zuvor hat die Weltbank ihre Finanzhilfe auf 400 Mio. \$ erhöht.

EU, Kanada: Freihandelsabkommen CETA

**27. September:** Nach fünfjährigen Verhandlungen unterzeichnen Kanada und die EU in Ottawa das Freihandelsabkommen "Comprehensive Economic and Trade Agreement" (CETA). Es soll nach der einstimmigen Annahme durch den Ministerrat der EU, der Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Ratifikation durch die EU-Mitgliedsländer 2016 in Kraft treten. Das Freihandelsabkommen beseitigt 99% der Zölle, liberalisiert die Dienstleistungen und ermöglicht den Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen; der Außenhandel zwischen den Vertragspartnern soll mittelfristig

um 23% zunehmen. CETA wird als Mustervertrag für das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA gesehen.

**28. September:** Der 14-tägige Streik der Air-France-Piloten wird ohne Einigung beendet. Die Piloten wollten eine Schlechterstellung bei der Transavia, einer geplanten Billiglinie von Air France verhindern. Die Kosten des Streiks werden auf 280 Mio. € geschätzt.

Frankreich: Pilotenstreik

**Ende September:** In Hongkong finden Studentendemonstrationen für die Ausweitung der demokratischen Rechte der Stadt gegenüber China statt. Auch das Finanzzentrum ist von den friedlich verlaufenden Demonstrationen betroffen.

Hongkong: Demonstrationen

## 2. Österreich

**3. Juli:** Die Erste Group erwartet aufgrund der geplanten Regierungsmaßnahmen in Ungarn (Umstellung der Fremdwährungskredite, siehe oben) und eventuellen Wertberichtigungen in Rumänien höhere Risikokosten. Ursprünglich waren für 2014 Risikokosten von 1,7 Mrd. € vorgesehen, sie werden nun rund 2,4 Mrd. € ausmachen.

Erste Group

**8. Juli:** Der Nationalrat beschließt das Sondergesetz zum Abbau der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG<sup>4</sup>). Dieser Entscheidung gingen Erwägungen der Opposition über einen Konkurs einer mit Landeshaftungen besicherten staatlichen Bank voraus.

Abbau Hypo Alpe-Adria-Bank International AG

**9. Juli:** Der Nationalrat beschließt das Energieeffizienzpaket<sup>5</sup>), mit dem das von der EU angestrebte Ziel der Verbesserung der Energieeffizienz um 20% bis 2020 (Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU) auf nationaler Ebene umgesetzt wird. Der österreichische Endenergieverbrauch (derzeit rund 1.100 PJ) soll im Jahr 2020 höchstens 1.050 PJ betragen. Bis 2020 soll eine kumulierte Energieeinsparung von 310 PJ durch zusätzliche anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen erreicht werden, wobei 159 PJ durch Beiträge der Energielieferanten und 151 PJ durch strategische Maßnahmen erbracht werden. Von 2014 bis 2020 werden durch die Umsetzung der Endenergieeffizienzmaßnahmen jährlich 1,5% des österreichischen Endenergieverbrauches (Durchschnitt 2010/2012) eingespart.

Energieeffizienzpaket

**24. Juli:** Der Nationalrat beschließt eine Änderung des Elektrizitätsabgabegesetzes, durch die für Ökostrom-Selbstverbraucher eine Abgaben-Freigrenze von 25.000 kWh pro Jahr eingeführt wird.

Elektrizitätsabgabegesetz

**31. August:** Nach dem Rücktritt von Vizekanzler und Finanzminister Dr. Michael Spindelegger wird die neue Bundesregierung angelobt:

Bundesregierung

- Werner Faymann, Bundeskanzler,
- Dr. Reinhold Mitterlehner, Vizekanzler und Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft,
- Dr. Josef Ostermayer, Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien,
- Sebastian Kurz, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres,
- Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz,
- Gabriele Heinisch-Hosek, Bundesministerin für Bildung und Frauen,
- MMag. Dr. Sophie Karmasin, Bundesministerin für Familien und Jugend,
- Dr. Johann Georg Schelling, Bundesminister für Finanzen,
- Dr. Sabine Oberhauser, Bundesministerin für Gesundheit,
- Mag. Johanna Mikl-Leitner, Bundesministerin für Inneres,

<sup>4</sup>) Bundesgesetzblatt I Nr. 51/2014, [http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBlA\\_2014\\_I\\_51](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBlA_2014_I_51); Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2014", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(7), S. 479, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47412>.

<sup>5</sup>) Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, [http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBlA\\_2014\\_I\\_72](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBlA_2014_I_72).

- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter, Bundesminister für Justiz,
- Mag. Gerald Klug, Bundesminister für Landesverteidigung und Sport,
- Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
- Alois Stöger, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie,
- Mag. Sonja Steßl, Staatssekretärin für Verwaltung und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt,
- Mag. Dr. Harald Mahrer, Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Regierungsklausur

**26.-27. September:** Die Bundesregierung hält eine Klausurtagung in Schladming ab. Um die Konjunktur anzukurbeln, werden möglichst budgetschonende Maßnahmen beschlossen. Bis zu 100 Mio. € werden aus der "Breitband-Milliarde" auf 2016 vorgezogen, 710 Mio. € werden aus Mitteln der Austria Wirtschaftsservice GmbH und der Tourismusförderung an die Unternehmen noch heuer weitergegeben, die Mittel für die Offensive Go International werden um 2,5 Mio. € erhöht. Die Schwellenwertverordnung wird um zwei Jahre verlängert und ermöglicht öffentlichen Körperschaften eine direkte Vergabe von Aufträgen bis 100.000 € (zuvor 50.000 €). Verschärfungen der gesetzlichen Strafen bei Lohndumping und Sozialbetrug sind vorgesehen. Im Vergaberecht soll das Prinzip des Billigstbieters auf das des Bestbieters umgestellt werden. Eine Einigung über die Neuausrichtung der ÖIAG wird bis Dezember 2014 angestrebt, um im April oder Mai 2015 einen neuen Aufsichtsrat einsetzen zu können. Die Regierungspartner einigen sich auf eine Steuerstrukturreform mit einem Entlastungsvolumen von 5 Mrd. €. Abhängig vom Konjunkturverlauf wird geprüft, ob weitere Entlastungen möglich sind. Eine Steuerungsgruppe wird bis März 2015 Vorschläge evaluieren und dem Parlament vorlegen. Dieses wird die Vorschläge bis Juni 2015 behandeln und beschließen, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden. Schwerpunkt der Bildungspolitik wird der Übergang vom Kindergarten in die Schule sein. Die Qualität der Ganztagsangebote von Schulen wird ausgebaut.

Übersicht 1: Finanzierungssaldo und Schuldenstand des Staates nach ESGV 2010

	Finanzierungs-	Schuldenstand	Finanzierungs-	Schuldenstand	Finanzierungs-	Schuldenstand	Finanzierungs-	Schuldenstand
	saldo (Maastricht- Definition)		saldo (Maastricht- Definition)		saldo (Maastricht- Definition)		saldo (Maastricht- Definition)	
	ESGV 2010		Revision gegenüber ESGV 1995		ESGV 2010		Revision gegenüber ESGV 1995	
	Mio. €		Mio. €		In % des BIP		Prozentpunkte	
1995	- 10.839	119.834	- 730	+ 626	- 6,2	68,0	- 0,4	- 0,2
1996	- 7.945	123.776	- 758	+ 752	- 4,4	68,0	- 0,4	- 0,1
1997	- 4.507	119.001	- 1.180	+ 822	- 2,4	63,2	- 0,6	- 0,9
1998	- 5.344	124.559	- 829	+ 918	- 2,7	63,6	- 0,3	- 0,8
1999	- 5.292	135.123	- 715	+ 1.977	- 2,6	66,4	- 0,3	- 0,4
2000	- 4.377	140.420	- 878	+ 2.425	- 2,1	65,9	- 0,4	- 0,3
2001	- 1.366	146.328	- 1.261	+ 3.214	- 0,6	66,5	- 0,6	- 0,3
2002	- 3.051	150.019	- 1.486	+ 3.999	- 1,3	66,3	- 0,6	+ 0,1
2003	- 4.009	151.286	- 619	+ 4.427	- 1,7	65,5	- 0,2	+ 0,2
2004	- 11.523	156.501	- 1.083	+ 4.631	- 4,8	64,8	- 0,4	+ 0,1
2005	- 6.363	172.842	- 2.201	+ 15.413	- 2,5	68,3	- 0,8	+ 4,1
2006	- 6.661	178.658	- 2.655	+ 17.265	- 2,5	67,0	- 1,0	+ 4,7
2007	- 3.717	182.984	- 1.345	+ 17.960	- 1,3	64,8	- 0,4	+ 4,6
2008	- 4.275	200.024	- 1.640	+ 19.549	- 1,5	68,5	- 0,6	+ 4,7
2009	- 15.238	228.166	- 3.908	+ 37.097	- 5,3	79,7	- 1,2	+ 10,5
2010	- 13.112	242.442	- 246	+ 35.832	- 4,5	82,4	± 0,0	+ 9,9
2011	- 8.175	253.293	- 828	+ 34.662	- 2,6	82,1	- 0,1	+ 9,0
2012	- 7.269	259.263	+ 597	+ 30.841	- 2,3	81,7	+ 0,3	+ 7,3
2013	- 4.773	261.978	+ 3	+ 28.675	- 1,5	81,2	± 0,0	+ 6,7

Q: Statistik Austria.

ESGV 2010

**30. September:** Erstmals legt Österreich Daten über die öffentlichen Finanzen im Zeitraum 1995 bis 2013 nach dem revidierten ESGV 2010 vor, das ab September 2014 von allen EU-Ländern verpflichtend anzuwenden ist. Durch die Einrechnung von bisher ausgegliederten Betrieben (ÖBB Infrastruktur AG, KA Finanz AG, Bundesimmobilien-gesellschaft mbH), die fast ausschließlich zur Verwaltung von Staatsvermögen

dienen, und Betrieben der Gebietskörperschaften erhöht sich der Schuldenstand. Im Sektor Staat ist zudem das Niveau von Personalaufwand, Sachaufwand, Investitionen und Produktionserlösen höher als vor der Umstellung.

**Ende September:** Die budgetäre Notifikation an die Europäische Kommission, die gemäß ESVG 2010 berechnet wurde, weist für 2013 einen Schuldenstand des Staates von 262,0 Mrd. € bzw. 81,2% des Bruttoinlandsproduktes aus. Er ist damit um 28 Mrd. € höher als in der Berechnung nach ESVG 95 (74,5% des BIP). Davon entfallen auf die ÖBB Infrastruktur AG 10,5 Mrd. €, auf die KA Finanz AG 7,2 Mrd. €, auf die Bundesimmobiliengesellschaft mbH 3,8 Mrd. €. Auf das Maastricht-Defizit hat die Neuberechnung keinen Einfluss; es betrug 2013 auch nach ESVG 95 1,5% des BIP.

*Budgetäre Notifikation*